

Basta!

Nr. 1 / März 2007

Basels starke Alternative

Rot-Grün muss noch zulegen

Halzeitbilanz

Seit gut zwei Jahren haben wir in Basel eine rot-grüne Regierungsmehrheit. Urs Müller geht der Frage nach, was sich mit den neuen Mehrheitsverhältnissen in unserem Kanton geändert hat, welche Erwartungen erfüllt, welche enttäuscht wurden.



Geht es Euch auch so wie mir? Ich werde oft angesprochen und gefragt: Was hat sich überhaupt geändert, seit Rot-Grün die Mehrheit hat?

Meistens höre ich folgende Bemerkungen:

- Es fliesst zwar Geld in die Bildung, aber niemand merkt etwas davon
 - Der Unterhalt von Kinderspielflächen und die Reinigung der Stadt werden vernachlässigt
 - Die Bauprojekte der Stadt lösen viel mehr Ärger als Freude aus, und das Vertrauen in die vorgelegten Kostenberechnungen und die Kommunikation sind gering
 - Die Wohnbaupolitik dient nur den Reichen und den InvestorInnen
 - SozialhilfeempfängerInnen erhalten trotz steigendem Reichtum immer weniger
 - Die Kürzungen im Kinder- und Jugendbereich sind besonders stossend
 - Im Kulturbereich wird weiter gekürzt
 - Demokratieabbau ist an allen Ecken und Enden zu sehen: z. B. an der Universität oder in der Geriatrie
 - In der Sozialpartnerschaft zwischen Regierung und Personalverbänden harzt es
- Viele von euch könnten die Liste belie-

big ausbauen. Doch stimmt diese Bilanz? Gibt es nicht auch positive Punkte, auf denen sich aufbauen lässt?

Aus meiner Sicht, die nahe am Geschehen ist, gilt es deutlich zwischen Regierung und Parlament zu unterscheiden.

Vor zwei Jahren schrieb ich an gleicher Stelle: *„Die Schwäche von Rot-Grün war und ist, dass keine auch noch so minimale inhaltliche Vereinbarung vorhanden war, auf welche nach den kantonalen Wahlen zurückgegriffen werden konnte. Die Vereinbarung zu den Regierungsratswahlen war das Papier nicht wert, auf die sie geschrieben war und niemand nahm sie ernst.“*

Die rot-grünen RegierungskandidatInnen waren praktisch nie in den Prozess eingebunden, welches die Eckwerte einer rot-grünen Mehrheitspolitik in Basel-Stadt sein könnten.“

Genau hier liegt auch heute noch die Schwäche. Es wurde deutlich, dass die bisherigen Mitglieder der Regierung auf der Schiene der alten bürgerlich dominierten Regierung weiterfahren. Sie sind bis heute nicht oder kaum bereit, zusammen mit den ihnen nahe stehenden politischen Gruppierungen zusammen zu arbeiten. Darunter hat besonders Guy Morin zu leiden. Die Erwartung der Regierungsmitglieder an die parlamentarischen Vertretungen be-

steht darin, alles, was aus der Regierung kommt, sei als richtig zu betrachten und bitte vorbehaltlos zu unterstützen. Doch zum Glück macht das Parlament nicht bei allem mit. Kurz - das Verhältnis zwischen Parlament und Regierung ist, was Rot-Grün betrifft, belastet.

Grundlegende Änderungen der Politik in Basel-Stadt hatten bisher überhaupt keine Chance. Beispiele gefällig?

- Eine Basler Solidaritätsstiftung für Projekte aus dem kantonalen Goldanteil der Nationalbank scheiterte. Dies, obwohl die Mehrheit der basler Bevölkerung einem ähnlich gelagerten Projekt auf nationaler Ebene in der Volksabstimmung zugestimmt hatte.
- Stadtentwicklung wird nach wie vor nicht vom Kanton selbst betrieben. Der Kanton ist weiterhin lediglich Wegbereiter privater InvestorInnen (siehe Erlenmatt, Markthalle, Volta Nord etc.).
- Basel-Stadt verpasste die Chance, sich als Gatts-freie Zone zu erklären und damit ein Zeichen gegen eine Wirtschaftspolitik zu setzen, welche die Schere zwischen Reich und Arm vergrössert und den Service Public als zentrales Element staatlichen Handelns vernachlässigt.

An diesen Beispielen zeigt sich, dass wir von einer grundlegenden Kehrtwende im politischen Handeln noch weit entfernt sind. Grundsätzliches politisches Denken als Grundlage lokalen Handelns fehlt vielen Mitgliedern des Grossen Rats. Dies ist auch nachvollziehbar, denn die meisten Mitglieder eines kantonalen oder lokalen

Multitionen an:
Postfach 142, 4005 Basel

AZB
4005 Basel

Fortsetzung Seite 2

Mehr Demokratie für uns AktionärInnen

Abzocker-Initiative

Wir alle sind Aktionäre und Aktionärinnen, ob wir es wollen oder nicht. Die AHV und die Pensionskassen legen umfangreiche Summen unserer Alterskapitalien in Aktien an. Die Mitbestimmungsrechte der AktionärInnen sind gering, obwohl sie MitbesitzerInnen der Aktiengesellschaften sind. Gut sichtbarer Auswuchs davon sind die stossend hohen Topsaläre, die sich Verwaltungsräte und Geschäftsleitungen unkontrolliert in die eigene Tasche wirtschaften. Dem soll nun mit der eidgenössischen Volksinitiative „gegen die Abzockerei“ Abhilfe geschaffen werden.



Die Initiative verlangt mehr Einflussnahme an der Generalversammlung (GV). So sollen die Gehaltspakete des gesamten Verwaltungsrates und der Geschäftsleitung von der GV absegnet werden. Die drei Gremien entscheiden dann im Nachgang selbst, wie viel jedes Mitglied einzeln erhalten soll. Das hat den Vorteil, dass die einzelnen Entscheidungen nicht offen gelegt werden müssen, aber trotzdem eine demokratische Kontrolle über die Gesamtsumme wahrgenommen werden kann. Der Verwaltungsrat soll jährlich gewählt werden. Damit wird sichergestellt, dass gut arbeitende VerwaltungsrätInnen im Sattel bleiben, schlecht arbeitende ihr Mandat verlieren. Abgangsentschädigungen werden verbo-

ten, es soll auch keine Voraus-Vergütungen geben oder Prämien für Firmenkäufe oder -verkäufe.

Eine wichtige Bestimmung betrifft die Pensionskassen. Die VertreterInnen der Pensionskassen werden verpflichtet, im Interesse ihrer Versicherten abzustimmen und offen zu legen, wie sie gestimmt haben. Sie können somit nicht mehr kurz vor einer GV „umgedreht“ werden, wie dies mit dem Post-Pensionskassenvertreter geschah. Er hatte von seinem Ausschuss den Auftrag bekommen, an der Nestle Generalversammlung gegen das Doppelmandat CEO/Verwaltungsratspräsident zu stimmen. Nach der Einflussnahme des Verwaltungsratspräsidenten stimmte er für das Doppelmandat. Gemäss der Initiative sollen die Mitglieder des Verwaltungsrates und der Geschäftsleitung auch nicht in beliebig vielen anderen Verwaltungsräten Einsitz nehmen können. Die Anzahl der Sitze ausser-

halb des Konzerns wird in den Statuten geregelt, welche von der GV abegesnet werden. Ebenfalls in den Statuten festgelegt wird der Sitz der Aktiengesellschaft. Das Argument, die Aktiengesellschaften würden mit den neuen Bestimmungen ihren Sitz verlegen, ist insofern nicht stichhaltig, als dies von der Mehrheit der AktionärInnen mittels Statutenänderung an der GV mitgetragen werden müsste.

Möglich werden soll ferner die elektronische Fernabstimmung. AktionärInnen müssen nicht physisch an der GV erscheinen, sondern können auch über SMS oder Internet an den Abstimmungen teilnehmen. Die Teilname an der GV soll damit erhöht und die Aktionärsdemokratie verbessert werden.

Wir können gespannt sein, welche Argumente den Grossunternehmern, Führungskräften und der Economiesuisse gegen diese Initiative einfallen
Irene Amstutz

Rot-Grün (Fortsetzung)

Parlaments werden wegen ihrer Kompetenz in einzelnen Sachthemen gewählt.

Mir ist bewusst, dass viele WählerInnen rasch konkrete Ergebnisse sehen wollen. Dazu darf festgehalten werden, dass Einiges aufgegleist ist, aber noch der Umsetzung harret. Vor allem beim ÖV ist endlich eine Kehrtwende vom Abbau zum Ausbau gelungen. Beispiele dafür sind die Motionen mit den Forderungen, das Geld aus der LSVA direkt in den öffentlichen Verkehr fliessen zu lassen und endlich mit der ersten grenzübergreifenden Tramlinie nach Weil vorwärts zu machen. Dem ökologisch sinnvollen Trolleybus müssen wir an der Urne noch zum Durchbruch verhelfen. „Road pricing“ wurde in die Diskussion gebracht, aber das Ziel, den Individualverkehr zu reduzieren, liegt noch in weiter Ferne.

Wer hofft, in einem kantonalen Parlament grundlegende gesellschaftlich Änderungen durchzusetzen, ist fehl am Platz.

Diese müssen von aussen gefordert werden. Kleine Erfolge sind aber durchaus möglich. Sie sind für die Betroffenen wichtig. So konnte im Grossen Rat Einiges verhindert werden.

- Der Abbau bei den Subventionen für die Kinder- und Jugendarbeit konnte verhindert werden
- Es wurde mehr Geld für die Tagesbetreuung bereit gestellt
- Beim Orchester und den Bibliotheken wurden die Kürzungen reduziert
- Der unsinnige Leistungslohn für das Staatspersonal wurde verhindert

Dort, wo die Zusammenarbeit mit der SP funktionierte, konnten ebenfalls erfreuliche Akzente gesetzt werden. Die Vorstösse im Energie- und Jugendkulturbereich sind die deutlichsten Zeichen dieser konstruktiven Zusammenarbeit auf Fraktions-ebene. Im Energiebereich, und dies ist gerade in der aktuellen Diskussion um neue AKW zentral, ist der totale Ausstieg aus dem Atomstrom wichtig. Dass Basel-Stadt das Projekt der 2000-Watt-Gesellschaft

mitträgt, ist zukunftsweisend. Im Kulturbereich ist eine Neuorientierung hin zur so genannten Alternativkultur bedeutsam. Damit zeigen wir jugendlichen Menschen, dass Basel auch für sie attraktiv bleibt. Frauenpolitisch wurde ebenfalls einiges auf den Weg gebracht. Hier ist vor allem die gendergerechte Budgetierung zu nennen, welche jetzt in der Umsetzungsphase ist, oder – auf der symbolischen Ebene – die Forderung, dass beide Geschlechter das Präsidium des Grossen Rates mindestens alle vier Jahre einmal inne haben.

Warum mache ich mit Überzeugung weiter? Ohne unsere Fraktion wäre einiges weit schlimmer gekommen. Die VerfechterInnen des schlanken Staates hätten weiter Auftrieb, feministische, soziale und ökologische Anliegen hätten keine Lobby. Darum braucht es uns weiterhin. Auch der Dialog mit der SP ist letztlich ein wichtiges Element, um Mehrheiten für Anliegen zur Verbesserung der Lebensqualität zu finden.

Urs Müller

Integration statt Ausgrenzung!

Nein zur 5. IV-Revision

Am 25. Januar reichte die nationale Koordination für das Referendum gegen die 5. IV-Revision in Bern 67'281 beglaubigte Unterschriften ein. Damit steht fest, dass es am 17. Juni zu einer Volksabstimmung über die 5. IV-Revision kommt. Fast alle Behindertenverbände lehnen die Gesetzesvorlage ab. Auch Basta! tritt entschieden für ein Nein ein, um den Weg frei zu machen für eine echte Revision des IV-Gesetzes und eine konsequente Integrationspolitik des Bundes.



Der Nationalrat hat die dringend nötige Zusatzfinanzierung der IV einmal mehr auf die lange Bank geschoben. Mehr noch, die Stimmberechtigten werden mit der Drohung er-

presst, dass nur bei einer Annahme der 5. IV-Revision zusätzliches Geld in die hoch verschuldete Sozialversicherung fliesse. Eine solche Erpressung ist staatspolitisch äusserst bedenklich und einer Demokratie unwürdig.

An vorderster Front macht sich Pascal Couchepin für die 5. IV-Revision stark. „Ein Nein wäre eine Katastrophe“, wettete er im Nationalrat, und behauptete frech, die 5. IV-Revision ziele auf „Eingliederung statt Rente“, während das Motto der GegnerInnen laute: „Wenn möglich eine Rente.“ Entweder hört Herr Couchepin nicht richtig zu oder er lügt bewusst. Das Referendum gegen die 5. IV-Revision ist nicht zuletzt deshalb ergriffen worden, weil der Gesetzestext keinerlei Bestimmungen enthält, die einer wirklichen Eingliederung der Menschen mit Behinderungen förderlich wären. Die 5. IV-Revision verschärft vielmehr die Ausgrenzungspolitik des Bundes. Wenn Herr Couchepin die von der Revision direkt Betroffenen ernst nehmen würde, dann wüsste er, dass Menschen mit Behinderungen vor allem eines fordern: Integration in die Gesellschaft und gerade deshalb die 5. IV-Revision ablehnen, weil sie nichts, aber auch gar nichts dazu beiträgt.

Anlässlich der Übergabe der Unterschriften in Bern sagte Aihua Zemp, die mit einer schweren Behinderung lebt (Auszug aus ihrem Referat): „Aussonderung und Behinderung entstehen überall dort, wo Normen, Erwartungen und Vorkehrungen nicht den wirklich lebenden Menschen entsprechen. Das sind die Ursachen der zunehmenden ‚Invalidisierung‘: der psychische Druck in der Arbeitswelt ist deutlich gestiegen, und lang andauernde Erwerbslosigkeit führt in vielen Fällen zu gesund-

heitlichen Problemen und zum Verlust der Arbeitsfähigkeit. Damit Integration möglich ist, braucht es eine Anpassung auf jeglichen Ebenen, damit alle Menschen mit fairen Chancen an der Gesellschaft teilhaben können. Nur eine konsequente Integrationspolitik kann die erschreckend zunehmende ‚Invalidisierung‘ – immer gleichbedeutend mit Ausgrenzung von Menschen – umkehren und die Kostenexplosion in den Sozialversicherungen stoppen.“

Die 5. IV-Revision geht voll zu Lasten der Menschen mit Behinderungen. Die proklamierten Sparziele sind ausserdem reine Augenwischerei. Letztlich werden vor allem Kosten verschoben, vom Bund zu den Kantonen und Gemeinden, von der IV zur

Sozialhilfe und zu den Ergänzungsleistungen. Am 17. Juni geht es um die Frage: Stellen wir uns auf die Seite der Menschen mit Behinderungen und legen ein Nein in die Urne oder befürworten wir die schäbige Spar- und Ausgrenzungspolitik des Bundes?

Zum Schluss nochmals ein Zitat aus dem Referat von Aihua Zemp: „Nur eine umfassende, weitsichtige und vernetzte Sozialpolitik, die weit über den Wirkungsbereich der Invalidenversicherung hinausgeht, verhindert die Diskriminierung von Menschen mit Behinderungen und ermöglicht ihre Integration, die in jedem Falle kostengünstiger ist als Ausgrenzung.“

Martin Flückiger



Übergabe der Unterschriften in Bern: „IV: Integration JA, 5. Revision NEIN“ (Foto: Fritz Witschi)

Aktuelle Informationen zum IV-Referendum finden Sie im Internet unter:

www.basta-bs.ch

www.iv-referendum.ch

Eine engagierte Politikerin tritt zurück

FrAktion

Margrith von Felten, engagierte Kämpferin für eine gerechtere Gesellschaft, verabschiedet sich von der Parlamentsarbeit. Eine Politikerin, die sich an vorderster Front für die Chancengleichheit zwischen den Geschlechtern, für die Anliegen von Minderheiten und für den Ausbau der demokratischen Grundrechte eingesetzt hat, tritt nach 30 Jahren von der politischen Bühne ab.

Margrith von Felten begann ihre politische Tätigkeit bei der SP. Für die SP war sie von 1988 -1992 im Grossen Rat und von 1991-1998 im Nationalrat. Ihr konsequentes politisches Denken und Handeln führte 1998 zum Bruch mit der SP und im Nationalrat zum Wechsel zu den Grünen. In Basel fand sie ihre neue politische Heimat zuerst bei der Frauenliste und nach deren Auflösung im Jahre 2002 bei BastA! Für das Grüne Bündnis politisiert sie seit Februar 2001 im Grossen Rat.

Das Grüne Bündnis profitierte von ihren profunden Kenntnissen. Margrith von Felten ist eine durch und durch politisch denkende Frau und liebt die Debatten. Wenn sie im Rat mit gespitztem Bleistift an ihrem Tisch sass, wussten alle, dass ein gepfeffertes Votum folgte. Ihrer Initiative ist es zu Verdanken, dass seit einem Jahr auch die Zwischenfrage als belebendes Element in den Grossen Rat Einzug fand.

Ihr wohl grösster Erfolg auf nationaler Ebene war ihr Engagement für die Offizialisierung der häuslichen Gewalt. 1996 reichte Margrith von Felten einen Vorstoss im Nationalrat ein. Am 1. April 2004 trat die entsprechende Revision des Strafgesetzes in Kraft.

Wir haben Cecile Bühlmann, die damalige Fraktionspräsidentin der Grünen im Nationalrat, und Christine Keller, langjährige Parlamentskollegin, sowie Ingrid Rusterholz, ehemalige Leiterin des Gleichstellungsbüros, um eine kurze Würdigung gebeten. Nachfolgend die Statements:

Cecile Bühlmann:

Margrith von Felten war eine unbestechliche, topfundierte und im guten Sinn des Wortes radikale Politikerin: sie ging den Dingen auf den Grund und thematisierte das, was sie richtig fand, mit einer Gradlinigkeit und Hartnäckigkeit, für die ich sie bewunderte. Diese Gradlinigkeit hat sie auch bewogen, den Wechsel von der SP-Fraktion zu uns Grünen zu machen, weil sie sich mit ihren Anliegen bei uns besser aufgehoben fühlte. Sie war eine Politikerin, die in Kauf nahm, wegen ihrer konsequenten feministischen Positionen nicht nur nicht geliebt, sondern manchmal belächelt zu werden.



Margrith von Felten

Ich habe sie auch als ausserordentlich humorvoll und witzig in Erinnerung und habe selten herzhafter gelacht als mit ihr, wenn wir nach einer schwierigen Debatte im Nationalrat miteinander zu einem Schlummertrunk gingen. Ich wünsche Margrith von Herzen eine etwas weniger hektische Zeit nach der Politik!

Christine Keller:

Margrith ist für mich linkes und feministisches „Urgestein“. Seit mehr als 20 Jahren verfolge und bewundere ich ihr unermüdliches, unerschrockenes Engagement. Wo auch immer sie gerade aktiv war, ob in Partei, im Nationalrat, Grossen Rat und in vielen Bewegungen – stets hat sie radikal im besten Sinne des Wortes ihre Stimme erhoben: sie geht immer an die Wurzel und hat sich nie gescheut, die Dinge beim Namen zu nennen. Jede Art von Populismus ist ihr wesensfremd. - Den Frauen und der Linken wird ihre Stimme im Grossen Rat fehlen.

Ingrid Rusterholz:

Mit Margrith von Felten tritt eine Persönlichkeit von der parteipolitischen Bühne, deren unverwechselbaren Stil im Parla-

ment wohl nicht nur Gleichgesinnte vermissen werden. Sie verstand es exzellent, Sachverhalte zu analysieren, Zusammenhänge aufzuzeigen und konzise Schlussfolgerungen zu ziehen; auch und gerade das Denken gegen den Strom liebte – und liebt – sie sehr. Unbeirrt, unerschrocken und wann immer es ging mit einem guten Schuss Humor folgte sie ihren Überzeugungen und erntete für manche nonkonformistische Idee zunächst Schelte, in vielen Fällen jedoch später auch die Genugtuung des Erfolgs. Unvergessen, wie sie bei ihrem ersten Auftritt als Nationalrätin des Sexismus bezichtigt wurde, weil sie gefordert hatte, in der Entwicklungszusammenarbeit seien Projekte zu favorisieren, in denen Frauen das Sagen hätten – heute die übliche Praxis. Die bekennende Feministin und couragierte Vordenkerin hatte es nicht immer leicht auf ihrem politischen Weg, doch sie nahm die meisten Hürden und die meisten real existierenden Patriarchen aller Couleurs mit bewundernswerter Leichtigkeit. Am meisten beeindruckte – und beeindruckt – mich jedoch ihre Beharrlichkeit, mit der sie auf das Ziel einer gerechteren Gesellschaft hinarbeitete und ihr Optimismus, dass dieses Ziel zu erreichen sei. Ich freue mich für Margrith von Felten, dass andere ihren Weg fortsetzen und sie selber künftig etwas kürzer treten kann; für weitere geistreiche Gespräche und heiteres Lachen bleibt bestimmt gesorgt.

Besonders freut sich Margrith von Felten, dass mit ihrem Abgang aus dem Parlament ein Platz frei wird für eine junge Politikerin. Ihre Nachfolgerin im Grossen Rat wird die 24-jährige Loretta Müller, Dipl. ETH, Umweltnaturwissenschaften

Wir sind sicher, dass Margrith von Felten weiterhin das politische Geschehen verfolgen und – wenn ihr der Kragen platzt – auch aktiv eingreifen wird. Für die kommende Zeit wünschen wir Margrith viel Musse und erholsame Stunden, ob in ihrem Haus in Lucelle oder in ihrer Wohnung in Basel.

Fraktion Grünes Bündnis

Die politischen Vorstössen aller Mitglieder der Fraktion finden Sie auf der Website unter www.gruenesbuenndnis.ch

Unsere Kandidatinnen und Kandidaten

Nationalratswahlen 2007

BastA! und die Grünen gehen mit einer gemeinsamen Liste in den Nationalratswahlkampf. Die gemeinsame Mitgliederversammlung hat folgende KandidatInnen nominiert:



Irene Amstutz

Die wissenschaftliche Archivarin (lic.phil I) Irene Amstutz (41) war Verfassungsärztin und Präsidentin des Verfassungsrats. In Bern würde sie sich engagieren für den Erhalt und die Verbesserung der Volks- und Bürgerrechte. Stichworte dazu sind rechtsstaatliche Einbürgerungsentscheide und das Stimm- und Wahlrecht für MigrantInnen. Dann engagiert sie sich für die tatsächliche Gleichstellung von Mann und Frau etwa indem sie Massnahmen zur gerechteren Verteilung der bezahlten und unbezahlten Arbeit und die Förderung familienexterner Kinderbetreuung fordert.



Anita Lachenmeier

Anita Lachenmeier (46) kennen wir als langjährige Präsidentin der Grünen Basel-Stadt und als Grossrätin. Die Primarlehrerin ist Präsidentin der Petitionskommission und Mitglied der Bau- und Raumplanungskommission. In der Raumplanung liegt deshalb auch eines ihre Anliegen, das sie im Nationalrat vertreten würde, etwa mit dem Einsatz für die Beschränkung der Bauzonen, damit die Versiegelung des Bodens nicht ungehemmt weiter von statten geht. Daneben setzt sie sich für Familienpolitik (höhere Kinderzulagen, Ergänzungsleistungen für Familien) und Chancengleichheit in der Bildung ein.



Urs Müller

Der Sozialarbeiter Urs Müller (57) sitzt seit sechs Jahren im Grossen Rat, wo er in der Geschäftsprüfungskommission Einsitz hat und in der Kommission zur Revision des Pensionskassengesetzes. Daneben ist er Präsident des VPOD der Region Basel. Seine Anliegen liegen denn auch im Bereich der sozialen Gerechtigkeit. Der Ausbau der AHV zulasten der 2. und 3. Säule und die konsequente Umsetzung des Grundsatzes „Integration vor Rente“ bei der IV – mit entsprechender Verpflichtung der Wirtschaft – sind ihm wichtig. Der Einsatz für einen gut funktionierenden Service Public ist für ihn Selbstverständlichkeit.



Sibel Arslan

Sibel Arslan (26) studiert Jura und Soziologie und ist seit zwei Jahren Mitglied des Grossen Rats, wo sie in der Justiz- und Sicherheitskommission Einsitz nimmt. Sie ist Vorstandsmitglied der Jugi Dalbeloch und des Vereins Dersimcemaati. Ihre Schwerpunktthemen liegen in der Bildung, wo sie sich für eine schweizweite Harmonisierung des Bildungswesens und die Schaffung von Lehrstellen stark macht. Daneben sind ihr die Themen Migration und Integration wichtig. Die Einbürgerung soll schneller möglich werden und nach einheitlichen Kriterien erfolgen.



Michael Wüthrich

Michael Wüthrich (46) ist Meteorologe (Dr. Phil.) und arbeitet als Gymnasiallehrer am Gymnasium Leonhard. Als Grossrat ist er Mitglied der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission und Vize-Präsident des Verwaltungsrats der BVB. Er ist Co-Präsident des VCS BS/BL und engagiert sich in verschiedenen Gremien gegen Mobilfunk. Die Reduktion der Strahlenbelastung aus dem Mobilfunk ist ein Thema, das er auch in Bern engagiert vertreten würde. Daneben liegen seine Schwerpunkte bei den Themen Klimawandel und Lufthygiene.

Am 5. Mai treffen sich die Delegierten der Grünen Partei der Schweiz in Basel. Im Anschluss an die Delegiertenversammlung und als lustvoller Auftakt zur Wahlkampagne steigt im Sudhaus Warteck ein **grosses Fest**

mit der Band **Best before**

(Bues, Rock and more) und Disco bis tief in die Nacht hinein.

Samstag, 5. Mai ab 20.00 Uhr im Sudhaus Warteck

(Eintritt Fr. 10.-)

Bolivien – ein Augenschein International

Von Ende November 2006 bis Ende Januar 2007 bereiste ich mit meinem Sohn und meiner Tochter Bolivien. Bolivien gilt als das ärmste Land in Südamerika.

Potosi war lange vor La Paz, Santa Cruz oder Sucre die wichtigste Stadt Boliviens. Es liegt 4070 Meter über Meer, im sogenannten Altiplano, der Hochebene der Anden. Potosi ist die Minenstadt Boliviens, heute und noch mehr in der Vergangenheit. Früher wurde vor allem Silber abgebaut, heute sind es dagegen in erster Linie Zinn, Kupfer und Brom. Der Berg, der all diese Schätze beherbergt, heisst „Cerro rico“ (reicher Berg) und thront mächtig über der Stadt. Am Beispiel von Potosi und dem Bergbau lässt sich die Geschichte Boliviens stark vereinfacht, aber treffend darstellen. Vor der Eroberung Boliviens durch die Spanier im 16. Jahrhundert, gehörte das Land zum Inkareich. Nach der Entdeckung der Silbervorkommen durch einen indianischen Hirten, machten sich die neuen Herren daran, den Cerro rico in grossem Stil auszubeuten. Tausende von Indianern und sogar Sklaven aus Afrika schufteten und starben in den Abbaustollen und Silberschmelzen. Das Silber wurde samt und sonders an den spanischen Hof verschifft. Hundert Jahre später zählte Potosi mit seinen 160'000 EinwohnerInnen neben Sevilla, London und Venedig zu den Weltmetropolen. 25 % des spanischen Staatsvermögens bestand aus Silber aus Potosi! Sinkende Erträge und ein stetiger Zerfall des Silberpreises nahmen im 18. und 19. Jahrhundert der Stadt ihren Glanz. Seither lebt Potosi vorwiegend von seiner Geschichte

und fristet ein ärmliches Dasein aus den kläglichen Resterträgen des Bergbaus.

Was früher das Silber war, ist heute das Koka. Koka gehört in Bolivien zur Kultur. Rund ein Fünftel der EinwohnerInnen Boliviens kauen regelmässig Koka oder trinken Mate de Koka (Kokatee). Kokablätter bremsen das Hungergefühl und fördern damit die Ausdauer, was in den Minen, aber auch bei den Campesinos (Bauern) im Altiplano, überlebenswichtig ist. Kokablätter sind aber auch der Grundstoff, aus dem die Droge Kokain hergestellt wird. Seit Jahren versuchen die USA, ihr Kokainproblem zu lösen, indem sie die Felder der zumeist kleinbäuerlichen KokapflanzerInnen niederbrennen oder – schlimmer noch – mit Gift besprühen. Auf unserer Reise besuchten wir im Chapare, dem Hauptanbaugebiet der Kokapflanzen, ein Dorf. Dort richtete vor ein paar Jahren das Militär, unter Leitung von US-amerikanischen „Beratern“, aus Helikoptern ein grosses Blutvergiessen an, nur weil Kokablätter verkauft wurden! Trotzdem oder gerade deswegen trinke ich hier zum Morgenessen regelmässig einen „Mate de Koka“. Denn ich weiss: Nicht die Kokablätter sind das Übel, sondern das, was skrupellose Verarbeiter und Händler im Ausland daraus machen.

Urs Müller



Blick auf Potosi (Foto: Loretta Müller)

Basel unterstützt Wäsche-reiprojekt in der Osttürkei



Im Verlauf der kriegerischen Auseinandersetzungen in den kurdischen Gebieten der Türkei (Osttürkei) hat die türkische Armee

Tausende von Dörfern zerstört und die BewohnerInnen vertrieben. Der Flüchtlingsstrom hatte in den städtischen Zentren ein rasantes Bevölkerungswachstum zur Folge, mit fatalen Auswirkungen auf die soziale und wirtschaftliche Situation der Städte. Die Frauen leiden ganz besonders unter der Entwurzelung, sind oft isoliert und verfügen vielfach kaum über schulische Bildung.

Die Bürgermeisterin von Van-Bostaninci, Frau Gülcihan Simsek, hat sich zum Ziel gesetzt, die Notlage dieser Frauen zu lindern. Sie plant eine Wäscherei, die es den Frauen erlauben soll, nicht nur ihre Wäsche zu waschen, sondern gleichzeitig Bildungsangebote wahrzunehmen und mit andern Frauen in Kontakt zu kommen. Ein ähnliches Projekt funktioniert in Diyarbakir seit Jahren äusserst erfolgreich.

Eine Delegation des Vereins Städtepartnerschaft Basel-Van hat Frau Gülcihan Simsek letztes Jahr besucht und sich vor Ort über das geplante Projekt orientiert (wir berichteten im Bulletin darüber). Der Verein hat daraufhin beschlossen, dieses Projekt zu unterstützen und sich zum Ziel gesetzt, den Rohbau und den Innenausbau der Wäscherei zu finanzieren. Ein Gesuch des Vereins bei der Kommission für Entwicklungszusammenarbeit Basel-Stadt war von Erfolg gekrönt. Die Kommission war vom Projekt erfreulicherweise auch überzeugt und hat es mit einer Starthilfe von Fr. 45'000.- unterstützt. Nun gilt es, mit Spendenkampagnen und Gesuchen bei anderen Institutionen die noch fehlenden rund 55'000 Franken aufzutreiben.

Sibel Arslan

Kontaktadresse:

Verein Städtepartnerschaft Basel-Van, Postfach 225, 4005 Basel, PC 40-740064-7.

Menschenrechtsdialog Schweiz – Iran

International

Die Schweiz und die islamische Republik Iran führen seit Oktober 2003 einen Menschenrechtsdialog. Die zentralen Themen des Dialogs sind Körperstrafen und Folter, die Todesstrafe, Meinungsäusserungsfreiheit sowie die Reform der Menschenrechtsmechanismen im UNO-System. Eine iranische Delegation besuchte im Juni 2005 das Justizdepartement Basel-Stadt, wo sie sich über Gleichstellung und häusliche Gewalt informieren liess und auch ein Gefängnis besuchte. In der dritten Runde vom Februar 2007 in Teheran zeigten die beiden Delegationen Interesse, die technische Zusammenarbeit in den Bereichen Justizreform und häusliche Gewalt zu verstärken.

Persönliche Eindrücke von Karin Haerberli, Leiterin Halt-Gewalt, AJFP, Justizdepartement Basel-Stadt



Als Expertin für das Thema „Häusliche Gewalt“ begleitete ich eine fünf-köpfige Delegation des EDA (Politische Abteilung IV, Menschliche Sicherheit) im Februar 2007 nach Teheran. Drei

weitere Expert/innen aus der Schweiz waren mit von der Partie: Dominik Lehner (JD BS) zu „Alternativem Strafvollzug“, Christoph Burkard (Jugendanwalt des Kantons BE) zu „Jugendjustiz“ und Prof. Christine Guy-Ecabert (Uni NE) zu „Mediation“.

Unsere iranischen AnsprechpartnerInnen setzten sich aus Mitarbeitenden des Justizministeriums - insbesondere dessen Abteilung „Human Rights“ - und des Ausserministeriums zusammen. An den Gesprächen nahmen ausserdem RichterInnen von Teheran und anderen Provinzen teil. Der Delegationsleiter Anton Thalmann (Botschafter und stv. Politischer Direktor im EDA) betonte zu Beginn, dass die Gespräche auf der gemeinsamen Basis stattfinden, dass fundamentale Menschenrechte universell und unantastbar seien, unabhängig vom kulturellen Hintergrund.

Iran hat diverse UNO-Übereinkommen ratifiziert, u.a. die Kinderrechtskonvention und 1974 die Konvention über zivile und politische Rechte (ICCPR). Wie alle Gesetzesnovellen oder -reformen müssen auch UNO-Konventionen mit dem islamischen Recht vereinbar sein. Diese Überprüfung ist eine der Hauptaufgaben des Wächterrats. Die Kinderrechtskonvention wurde deshalb mit Vorbehalten ratifiziert. Das Parlament wollte vor einigen Jahren die CEDAW (UNO-Konvention über die Eliminierung jeglicher Form von Diskriminierung gegen Frauen) ratifizieren. Sie hat aber leider die Hürde Wächterrat nicht passiert.

Sowohl die Kinderrechtskonvention als auch diejenige zu zivilen und politischen Rechten untersagen die Exekution von Personen, die zur Zeit der Tat unter 18 Jahre

alt waren. Gemäss iranisch-islamischem Recht sind aber Mädchen mit 13 Jahren, Jungen mit 15 Jahren voll schuldfähig, d.h. sie können zu Gefängnis, zu harten Körperstrafen und sogar zum Tod verurteilt werden. Der Unterschied zwischen Mädchen und Jungen wird damit begründet, dass Mädchen mit 13 Jahren verheiratet werden können und mit der Heirat alle Rechte und Pflichten einer verheirateten erwachsenen Frau übernehmen. Mit Bewilligung des Gerichts können Mädchen sogar bereits mit 9 Jahren verheiratet werden. Sie sind in diesem Fall also mit 9 Jahren voll schuldfähig.

Generell sind Frauen in vielen rechtlichen Bereichen benachteiligt: Das Blutgeld einer Frau beträgt die Hälfte desjenigen eines Mannes. Wenn eine Frau umgebracht wird, kostet dies die Familie des Täters also nur die Hälfte. Benötigt eine Frau Zeug/innen für einen Prozess, sind die Aussagen von zwei Frauen gleich viel wert wie die Aussage von einem Mann. Frauen können sich nur auf Grund einschränkender Bestimmungen scheiden lassen. Das Sorgerecht für die Kinder liegt spätestens ab 7 Jahre beim Vater. Bei einer Scheidung verliert die Frau ihre Kinder in den allermeisten Fällen. Eine Frau benötigt die Einwilligung ihres Vaters, wenn sie heiraten will. Auch wenn sie schon 50 Jahre alt ist.

Zwischen der Rechtsordnung der

Schweiz und derjenigen Irans liegen also fundamentale Unterschiede. Als Expert/innen bestand unser Auftrag jedoch weniger darin, die fremde Rechtsordnung zu kritisieren, als darin, unsere Gesprächspartner – und wenige Gesprächspartnerinnen – über unsere gesetzlichen Grundlagen und die Umsetzung der von der Schweiz ratifizierten UNO-Konventionen, sowie nationaler und kantonaler Gesetze in die Praxis zu informieren.

Ich zeigte die erfolgreiche Kooperation zwischen Behörden und Privaten (NGO) im Kampf gegen häusliche Gewalt auf. Dass häusliche Gewalt in Iran ein grosses Tabu ist, wussten wir im voraus. Laut Koran kann Gewalt gegen Frauen gar nicht existieren, denn die Frau wird darin als Blume beschrieben. Und Blumen misshandelt man(n) ja nicht. Bei informellen Gesprächen mit Vertreterinnen von Frauenorganisationen – die von Regierungsseite z.T. verfolgt werden - erhielten wir Informationen zu Ausmass und Formen häuslicher Gewalt. Und auch zu mutigen Strategien der NGO's, der Benachteiligung von Frauen mit Druck durch die Öffentlichkeit einen Riegel zu schieben. Dies ist zwar ein längerfristiges Projekt, jedoch in Anbetracht der Tatsache, dass 67% der Studierenden in Iran Frauen sind, ein nicht Aussichtsloses!

Karin Haerberli



Karin Häberli auf Besuch bei einer Frauen-NGO in Iran

Auf Genderaspekte aufmerksam machen

Interview mit Grossratspräsidentin und BastA!-Mitglied Brigitta Gerber

Liebe Brigitta, wir gratulieren dir ganz herzlich zur Wahl als Grossratspräsidentin und sind stolz, dass du als BastA!-Frau ein Jahr lang höchste Baslerin bist. Der Grosse Rat Basel-Stadt erreicht mit 36% Frauenanteil schweizweit einen Spitzenwert. Dennoch bist du von bisher 133 GrossratspräsidentInnen erst die sechste Frau, die dieses Amt innehat, was einem kläglichen Anteil von 4,5% entspricht. Wie gedenkst du, in deiner Amtszeit gleichstellungswirksame Akzente zu setzen?

Brigitta Gerber: Als Grossratspräsidentin darf ich zwar nicht aktiv politische Vorstösse einbringen, kann aber in meiner repräsentativen Funktion auf Genderaspekte aufmerksam machen. So bringe ich an verschiedenen Anlässen zum Ausdruck, dass es noch ein anderes Basel gibt: Jung, weiblich und nicht in den üblichen Netzwerken verhandelt, die die Macht repräsentieren (Militär, Zünfte etc.). Den 8. März, den internationalen Tag der Frau, haben wir zum Anlass genommen, die bisher einmalige Situation zu feiern, dass alle vier politischen Spitzenämter im Kanton Basel-Stadt - Regierung, Grosser Rat, Bürgerrat und Bürgergemeinderat - von Frauen besetzt sind. Diesen Anlass hatten wir sehr schnell auf die Beine gestellt. Sowohl Grossratssaal als

auch Tribüne waren zu unserer Freude voll besetzt. Zu denken aber gibt mir der Umstand, dass die Stimm- und Wahlbeteiligung der Frauen in der Schweiz abgenommen hat! War die Differenz zu den Männern 1995 noch 6%, gehen heute 16% weniger Frauen stimmen als Männer. Dies hat einerseits zu tun mit der grösser werdenden Altersgruppe derjenigen Generation von Frauen, die das Stimm- und Wahlrecht spät erhielten. Andererseits ist ein wachsender Anteil der jüngeren BewohnerInnen, also auch der jungen Frauen, nicht stimm- und wahlberechtigt, weil sie AusländerInnen sind. Damit haben wir eine beträchtliche Verzerrung in der sozialen und politischen Zusammensetzung der tatsächlichen Wählerschaft gegenüber der Gesamtheit der Wahlberechtigten und im besonderen der Wohnbevölkerung an sich.

Du hast dich ja in deiner Ansprache vom 7. Februar 2007 an den Grossen Rat deutlich für das Stimm- und Wahlrecht für AusländerInnen ausgesprochen. Welche Argumente könnten bei einem neuen Vorstoss in diese Richtung die Basler Bevölkerung überzeugen? Welchen Ängsten ist zu begegnen?

Brigitta Gerber: Wenn wir an der Demokratie festhalten, muss die Wohnbevölkerung, die hier auch Steuern zahlt, mitbestimmen können. Im Kanton Neuchâtel sind Menschen ohne Schweizer Pass schon sehr lange stimm- und wahlberechtigt, seit einigen Jahren sind sie es auch in einzelnen Schweizer Gemeinden. Dabei ist nichts



Brigitta Gerber, BastA!-Mitglied und Grossratspräsidentin

Aufregendes passiert. Hätten wir in der Schweiz ähnliche Einbürgerungswartezeiten wie in anderen europäischen Ländern, wäre ein grosser Anteil unserer AusländerInnen längst stimm- und wahlberechtigt. Die Ängste werden vor allem von einem rassistischen Diskurs geschürt. Die SVP hat Angst um ihr Thema und Angst, ihre Wählerschaft zu verlieren, wenn diese Menschen auch noch politisch integriert wären. Ich bin der Ansicht, dass das Ausländerstimm- und Wahlrecht unbedingt hätte in die neue Verfassung integriert werden sollen. Eine verpasste Chance!

Am kurdischen Neujahrsfest „Newroz“, welches am 19. März im Sevkan-Kulturzentrum im Gundeli gefeiert wird, hältst du die Begrüssungsrede. Auch im Zusammenleben zwischen Menschen verschiedener Herkunftsländer wirst du andere Akzente setzen als deine mehrheitlich männlichen und bürgerlichen VorgängerInnen im Amt des höchsten Baslers, der höchsten Baslerin. Wir danken dir dafür und wünschen dir alles Gute.

Die Fragen stellte Karin Haerberli

Ich interessiere mich für BastA! Schickt mir mehr Unterlagen.

Ich möchte regelmässig von BastA! hören. Ich spende mindestens Fr. 30.- und bekomme den detaillierten BastA!-Versand.

Ich will Mitglied von BastA! werden.

Name: _____

Vorname: _____

Strasse: _____

Adresse: _____

Telephon/Fax: _____

Bitte einsenden an:
BastA!, Basels starke Alternative
Rebgasse 1, Postfach, 4005 Basel
oder Fax 691 16 31

Veranstaltungen

Donnerstag, 10. Mai 2007

Kulturalisierung geschlechtsspezifischer Gewalt

Podium mit
Jael Bueno, Soziologin, NDS Gender Management, Zürich
Carmel Fröhlicher-Stines, Psychologin und Gestaltpsychotherapeutin mit Praxis in Zürich,
Chitra Russo-Christostom, Sozialpädagogin, Projektleiterin der Beratungsstelle für familiäre Frauen, Zürich

Zeynep Yerdelen Fanti, ehemalige Grossrätin BS,
Moderation:
Inés Mateos, Gleichstellungsbeauftragte Basel-Stadt,
● 19.00 Kultur- und Begegnungszentrum Union, Klybeckstrasse 95, Basel (Tram 8, ab Bahnhof)

Impressum: Nr. 1/März 2007. Herausgeber: Förderverein BastA!, Rebgasse 1, Postfach, 4005 Basel, Tel./Fax 061 / 691 16 31, E-Mail: sekretariat@basta-bs.ch, PC 40-31244-5, Website: www.basta-bs.ch. erscheint mind. 4x jährlich, für alle Mitglieder gratis, Redaktion: Karin Haerberli, Irene Amstutz, Martin Flückiger, Druck: Rumzeis Basel